

Er erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3 gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedertwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 26 .: 29. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 25. Juni 1915

Der sechste Monatsbeitrag (für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 Pf.)
ist am 26. Juni fällig.

Inhalt: Beitragsleistung. — Amtliche Lohnstatistik der deutschen Portefeuilleindustrie. — Begreift eure Zeit. — Die viele gewerkschaftliche Kriegshäufigkeit. — Standeslöses unter dem Reichstaxi — eine Illustration zum Zwischenmeisterium. — Die Arbeitsnachweisfrage und die Arbeiterinnen. — Bericht der 2. Sitzung der Schlichtungskommission für das Ledererüstungsgewerbe für den Bezirk Hamburg-Altona-Wandsbek. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 27. Juni bis 3. Juli ist der 27. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Amtliche Lohnstatistik der deutschen Portefeuilleindustrie.

Die alljährliche Veröffentlichung der Verwaltungsberichte der Lederindustrie-Vernunftgenossenschaft gibt einige Anhaltspunkte, wie sich die Lebenshaltung der versicherten Arbeiter infolge ihres Jahreseinkommens gestalten. Leider hat die Lederindustrie-Vernunftgenossenschaft eine von früheren Jahren abweichende Gruppierung der verschiedenen Berufe vorgenommen, so daß ein Vergleich der Verdienste der Militärsattler und Reitschmied, wie in früheren Jahren, nicht möglich ist. Nachfolgende Aufrechnung gilt also nur für die Portefeuilleindustrie. Dabei ist zu beachten, daß in dem Durchschnittsjahre- und Wochenverdienst die Einkommen der Angestellten, Werkführer, Arbeiter und Arbeiterinnen mit einbegriffen sind und 300 Arbeitstage a 10 Stunden als ein Vollarbeiter zu rechnen sind. Offenbargeachtet lassen doch die Ergebnisse Vergleiche mit früheren Jahren zu, aus denen der Beschäftigungsgrad des Gewerbezweiges zu erkennen ist. Durch die Errechnung der Standardlöhner lassen sich auch Rückschlüsse bilden, ob und in welchem Maße die Löhne der Arbeiter eine Minderung erfahren haben.

Diese Arbeit gibt also nur Aufschluß über die Lohnverhältnisse in der Portefeuilleindustrie und läßt auch erkennen, wie weit sich die Kriegswirkungen fühlbar gemacht haben. Die Handbetriebe sind von 162 auf 145 zurückgegangen, ebenso die Zahl der Vollarbeiter von 2878 auf 1836. Die Motorbetriebe haben sich von 101 auf 130 vermehrt, doch wurden darin nur 206 Arbeiter mehr (1913: 3694, 1914: 3900) beschäftigt, d. h. 836 oder rund 13 vom Hundert wurden im Vorjahre weniger beschäftigt als wie 1913.

Wie die Beschäftigungs- und Lohnverhältnisse sich in den einzelnen Bezirken gestalteten, zeigt nachfolgende Aufstellung:

Portefeuilleindustrie (Handbetriebe)

Sektion:	Wer- triebe	Wer- tionen	Jahreslohn- summe Mk.	Pro Arbeiter	
				Jahr Mk.	Woche Mk.
Berlin . . .	34	298	385 000	1 291,94	24,85
	40*	523	669 000	1 279,16	24,60
Dresden . .	6	63	68 000	1 080,32	20,77
	6	80	86 000	1 075,--	20,66
Kassel . . .	16	240	265 000	1 104,17	21,26
	23	460	522 000	1 134,77	21,80
Mainz . . .	78	1 080	1 463 000	1 354,63	26,05
	80	1 370	2 130 000	1 356,68	26,08
Koblenz . . .	2	21	20 000	952,40	18,31
	2	14	15 000	1 071,43	20,60
Stuttgart . .	9	134	148 000	1 104,70	21,26
	11	231	229 000	991,34	10,06
Summa 1914	145	1836	2 349 000	1 284,85	24,71
1913	162	2878	3 651 000	1 268,58	24,39

Portefeuilleindustrie (Motorbetriebe)

Sektion:	Wer- triebe	Wer- tionen	Jahreslohn- summe Mk.	Pro Arbeiter	
				Jahr Mk.	Woche Mk.
Berlin . . .	32	944	1 237 000	1 310,88	25,20
	25	685	945 000	1 379,56	26,53
Dresden . .	8	251	291 000	1 155,40	22,22
	7	306	356 000	1 163,40	22,37
Kassel . . .	21	430	544 000	1 268,10	24,33
	15	277	309 000	1 115,52	21,45
Mainz . . .	46	1 706	2 232 000	1 308,94	25,16
	37	1 889	2 318 000	1 227,10	22,06
Koblenz . .	3	91	72 000	791,21	15,21
	3	129	103 000	788,45	15,35
Stuttgart . .	20	478	510 000	1 007,--	20,52
	14	408	399 000	977,94	18,80
Summa 1914	130	3 900	4 888 000	1 252,82	24,00
1913	101	3 694	4 430 000	1 199,24	23,06

*) Die in Anstich gesetzten Ziffern sind die vom Jahre 1913.

Vorstehende Tabellen als Einheit betrachtet ergeben, daß die Zahl der Vollarbeiter um 836, die der Lohnsumme um 846 000 Mk. gefallen ist. Noch ungünstiger stellt sich das Ergebnis für die Handbetriebe. Hier ist die Zahl der Vollarbeiter von 2878 auf 1836 oder um 1042 vom Hundert zurückgegangen, die Lohnsumme von 3 651 000 Mark auf 2 349 000 Mk. oder um 35,15 vom Hundert. Der Wochenverdienst der Arbeitenden ist nur von 24,39 Mk. auf 24,71 Mk. um 32 Pf. gestiegen. Infolge der Militärrarbeit gestaltele sich die Lage der in Motorbetrieben Beschäftigten etwas günstiger. Die Arbeiterzahl stieg um 206, der Lohn um 456 000 Mk., so daß hier der Wochenverdienst eines Vollarbeiters eine Steigerung um 1,06 Mk. erfahren hat. Doch ist dieser Mehrverdienst nicht den Arbeitern zugute ge-

kommen, sondern infolge der Bucherpreise für Lebensmittel als durchaus unzureichend anzusehen.

Wie die Lohnverhältnisse in den einzelnen Bezirken eine Minderung erfahren haben, zeigt nachstehende Aufrechnung:

Handbetriebe Motorbetriebe

	Handbetriebe			Motorbetriebe		
	1912	1913	1914	1912	1913	1914
Berlin . . .	24,--	24,60	24,85	25,89	26,53	25,20
Dresden . .	21,77	20,66	20,77	21,33	22,37	22,22
Kassel . . .	21,47	21,80	21,26	20,20	21,45	24,33
Mainz . . .	24,78	26,08	26,05	25,--	22,06	25,16
Koblenz . .	9,28	20,60	18,31	15,--	15,35	15,21
Stuttgart . .	18,18	19,06	21,26	19,12	18,80	20,52

In beiden Betriebsformen nimmt der Bezirk Koblenz die letzte Stelle in bezug auf Verdienst ein, dann folgt der Reihe nach Stuttgart, Dresden, Kassel, Berlin und Mainz. Die Spannung zwischen Koblenz und Mainz beträgt 8,84 Mk. pro Woche und Vollarbeiter.

Im großen und ganzen ist das Resultat für die Portefeuilleindustrie Deutschlands durchaus unbefriedigend und sollte unseren Kollegen Veranlassung genug sein, alles daran zu wenden, um so bald als irgend möglich mit Lohnverhältnissen aufzuräumen, die infolge der enormen Verteuerung aller Lebensbedürfnisse geradezu unhaltbar geworden sind.

Begreift eure Zeit!

Einem Feldpostbrief, veröffentlicht im „Grundstein“, entnehmen wir folgende beherzigenswerte Mahnung:

Kollegen! Am unsere Gewerkschaft können wir im Felde uns jetzt nicht kümmern. Das Geschick des Verbandes liegt jetzt in Euren Händen. Von Euch, die Ihr von den Strapazen des Krieges verschont bleibt, müssen wir aber verlangen, daß auch Ihr Euch als Kämpfer zeigt und den Verband hochhält. Ist es nicht beschämend für Euch, wenn man immer wieder hören muß, daß viele kein Interesse mehr für die Organisation haben. Angesichts der großen Opfer, die jene Kollegen bringen, die im Felde stehen, ist es beschämend und kümmerlich, daß mancher von Euch die Flinte ins Korn wirft und das Beitragszahlen vergißt. Wir wissen recht gut, daß auch Ihr im Lande eine schwere Zeit durchmacht. Die Lebensmittelpreise sind sehr hoch, die Erwerbsmöglichkeiten aber waren lange schlecht und sind für viele Kollegen heute noch schlecht. Wir wissen, daß es manchmal schwer wird, seine Familie über Wasser zu halten und noch Beiträge für den Verband aufzubringen. Von der Beitragszahlung hängt aber der Bestand unseres Verbandes ab. Ich muß Euch sagen, daß Euer Los immer noch besser ist als das unsere. Wir haben die Sorge um unsere Familien, die wir schon solange nicht mehr gesehen haben. Auch wissen wir nicht, was uns die nächste Stunde bringen kann. Heute rot, morgen tot. Solbatentos!

Während des Krieges ist ja eine Art Waffenstillstand zwischen Unternehmern und Arbeitern eingetreten. Zunächst war uns aber nicht; auch nach dem Kriege wird es Unternehmern und Arbeitern geben. Die wirtschaftlichen Kämpfe werden wiederkehren. Deshalb ist notwendig, unsere Organisation auf der Höhe zu halten, damit wir nach dem Kriege nicht von vorne anfangen müssen. Ein Ausrückung derjenige, der gerade jetzt in der schweren Zeit seiner Suche mitruft und die Fahne verläßt. Wir führen den Krieg nicht um des Krieges willen. Dieser ist uns aufgezwungen, und wir müssen ihn durchkämpfen. Wir, die wir hier draußen stehen, haben die Hoffnung, daß nach dem Kriege für die Arbeiterklasse eine bessere Zeit kommen wird. An der Gestaltung des neuen Europa mitzuwirken, den inneren sozialen Verhältnissen ein anderes Gepräge aufzudrücken, soll und muß unsere Aufgabe sein. An welchem wir Einfluß auf die Neugestaltung der Dinge ausüben werden, hängt von dem Stande der Arbeiterorganisationen ab. Verliert unsere Bewegung an Kraft, so werden wir manche Hoffnungen zu Grabe tragen müssen.

Nachmohs, Kollegen: Begreift Eure Zeit und füllt Euch als Kämpfer! Wir draußen führen die Grenzen, damit Ihr in der Heimat ungestört Euren Erwerb nachgehen könnt. Ihr aber im Lande haltet unsere Organisation hoch. Also hoch den Kopf! Auch in der schweren Zeit nicht kleinmütig bergangen. Nach dem Kriege müssen wir uns frei in die Augen sehen können und sagen: Wir alle taten, was wir konnten.

Die vierte gewerkschaftliche Kriegstatistik.

Den 8 Erhebungen der gewerkschaftlichen Zentralverbände über die Einwirkungen des Krieges auf die Organisationen, die Anfang September, Ende Oktober, Ende Januar stattfanden, ist nunmehr eine vierte Ende April gefolgt. Die Zahl der zum Vereinsdienst eingezogenen Mitglieder wuchs danach andauernd. Während im September 1914 erst 27,7 Proz. der Mitglieder eingezogen waren, stieg die Zahl im Oktober auf 31,3, im Januar auf 34,1 Proz. und im April auf 41,7 Proz. Der Mitgliederverlust ist, wie danach nicht anders zu erwarten ist, ein erheblicher. Am Schluß des zweiten Quartals 1914 zählten die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände 2521303 Mitglieder, nach der letzten Kriegstatistik am 30. April 1915 betrug die Zahl 1323978. Mitgliederverluste durch Austritt aus der Organisation dürften nicht viel erfolgt sein. Der Mitgliederverlust wird ausschließlich auf die zum Vereinsdienst Einberufenen zurückzuführen sein. Die meisten Verbände konnten in der Kriegszeit sogar beträchtliche Neuaufnahmen, namentlich in den letzten Monaten, vornehmen. So wurden bei den Bauarbeitern 14513, bei den Transportarbeitern 1422, bei den Holzarbeitern 10400 und in unserem Verband über 9000 Neuaufnahmen gezählt. Auch die Zahl der zum Vereinsdienst einberufenen besoldeten Angestellten der Gewerkschaften ist eine erhebliche. Bis zum 31. Dezember 1914 wurden 558 Angestellte der Gewerkschaften gemeldet. Ueber die Zahl der eingezogenen Funktionäre liegen keine Angaben vor; es läßt sich aber erkennen, daß diese Zahl sehr viel größer sein muß als die Zahl der einberufenen Beamten, woraus sich erkennen läßt, wie außerordentlich schwierig es ist, den Verlosungsapparat trotzdem in Funktion zu erhalten.

Der Prozentsatz der im Vereinsdienst stehenden Mitglieder ist in den einzelnen Verbänden sehr verschieden. Er liegt von 21,6 Proz. bei den Tabakarbeitern auf 84,2 Proz. bei den Fleischern. Nahezu die Hälfte der männlichen Mitglieder ist den Gewerkschaften also entzogen. Das ist für die Leistungsfähigkeit der Organisationen nicht nur während der Kriegszeit, sondern vor allen Dingen nach Kriegsschlus von entscheidender Bedeutung. — Die bei Kriegsbeginn vielfach aufgehobenen Unterstützungseinrichtungen konnten nach und nach in den meisten Verbänden wieder eingeführt werden; die Verringerung auf dem Arbeitsmarkt ließ dies zu. Auf einigen Verufen laier die Arbeitslosigkeit immer noch sehr schwer, obgleich im allgemeinen eine Besserung auf dem Arbeitsmarkt eingetreten ist. Nach diesen statistischen Erhebungen ist die Zahl der Arbeitslosen von 21,2 Proz. im September auf 10,7, dann auf 8,6 und am 30. April 1915 sogar auf 2,8 Prozent gesunken. Es wurden immer noch 36081 Arbeitslose gezählt, dazu kommen noch 82572 Mitglieder, die bei verkürzter Arbeitszeit und für geringeren Lohn arbeiten. Die letzte Statistik führt die Putzmacher an erster Stelle auf, und zwar mit 22,1 Proz. Arbeitslosen, dann folgen die Zivilberufsmänner mit 15,2, die Porzellanarbeiter mit 13,5 Proz.; die Holzarbeiter zählten nur noch 5,8 Prozent, die Buchdrucker und Metallarbeiter je 1,6 Prozent Arbeitslose. Einer der größten Berufe,

und zwar die Vergarbeiter, stehen an letzter Stelle mit 0,1 Proz. Arbeitslosen.

Die Ausgabe für die Arbeitslosenunterstützung führt gewaltige Summen auf. Schon in den ersten 6 Kriegsmonaten wurden über 17 1/2 Millionen gezahlt; in den 9 Monaten Kriegszeit betrug die gesamte Ausgabe rund 20 1/2 Millionen Mark und die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer belief sich auf über 7 Millionen Mark.

Diese hohen Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften zu befriedigen waren letztere auch in dieser schweren Zeit imstande. Nach Beendigung des Krieges, wenn die Millionen aus demelde zurückkehren, werden die Gewerkschaften vor neue wichtige Aufgaben gestellt sein. Die Gewerkschaften haben während der Kriegszeit ein hohes organisatorisches Können gezeigt; sie haben auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, im Interesse der Kriegsteilnehmer und ihrer Familien tatkräftig mitgewirkt, sie werden auch nach Beendigung des Krieges dafür sorgen, daß die arbeitende Klasse des deutschen Volkes zu ihren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rechten kommt.

Skandalöses unter dem Reichstarif — eine Illustration zum Zwischenmeistertum.

„Für die Dauer des Krieges sind die Beschränkungen bezüglich Beschäftigung von Heimarbeitern und Zwischenmeistern aufgehoben.“ So lautet der letzte Satz des Reichstaries für das Lederarbeitsgewerbe, der dem ausbeuterischen Schwimmeisterum während der Kriegszeit nach nachhergekauft die Ägel schießen läßt. Zwar sollen auch die Zwischenmeister während dieser Zeit gehalten sein, sich nach den Bestimmungen des Reichstaries zu richten und die Fabrikanten haben, als deren Arbeitgeber, die Garantie für die Vertragseinhaltung übernommen. Wir wissen aber aus Erfahrung, wie es damit in der Wirklichkeit oft genug aussieht, zumal sich bei dem Zwischenmeisterhym eine lässliche Kontrolle gar nicht ermöglichen läßt. In zahllosen Beispielen haben wir schon gezeigt, wie dieses System direkt zu einem Instrument wird, Tariftverträge zu umgehen und deren Bestimmungen für die Arbeiterschaft in vielen Fällen ganz und gar illusorisch zu machen. Bis zum Ausbruch des Krieges grifferte dieses Hebel wohl am schlimmsten in der Lederwarenbranche, macht sich aber jetzt auch im Lederarbeitsgewerbe schon in erschreckender Weise bemerkbar. Als Beweis dafür diene wieder folgendes typische Beispiel:

Der russische Staatsangehörige Krawosky, der, um seiner Internierung als Ausländer zu entgehen, von Offenbach nach dem kleinen Städtchen Friedberg verdriftete, hat es dort, binnen kurzer Zeit verstanden, sich im Militärarbeitsgewerbe ein recht einträgliches Geschäft einzurichten. Von zwei Frankfurter und einem Wainger Fabrikanten beschaffte er sich zunächst als Heimarbeiter das nötige Quantum an Rohmaterial für Tornister und war auch um die Hilfskräfte zur Fertigung dieser Aufträge nicht lange in Verlegenheit. Abgesehen von der minimalen Arbeitslohngelegenheit, die sich jetzt in Friedberg den weiblichen Arbeitskräften bietet, kam ihm auch zur Beschaffung billiger männlicher Helfer ein günstiger Zufall zu Hilfe. Auf der technischen Hochschule in Friedberg befand sich eine Anzahl russischer Studenten, denen durch den Krieg der fernere Besuch des Technikums unmöglich gemacht war und die nun, von ihrer Heimat abgeschnitten, auch fast gänzlich ohne Mittel sind. Diesen, seinen Landsleuten, stellte sich nun der noble Herr Krawosky als Wohlthäter vor mit dem Anerbieten, sie in seinem neuen Betriebe zu beschäftigen. Die jungen Leute erkannten den Wolf im Schafspelz nicht und gingen darauf ein. Nun konnte die Geschichte losgehen. Im Burghotel zu Friedberg, das jetzt wohl auch nicht an übermäßiger Frequenz leidet, wurde ein großer Raum gemietet, die Leute notdürftig angeleitet und der Betrieb war fertig. In 58stündiger Arbeitszeit mußten angebende Techniker und Ingenieure mit Hilfe einiger Mädchen die Tornister zusammenbauen und wurden dafür ganz horrend bezahlt. Die gezahlten Wochenlöhne schwankten für Arbeiter und Arbeiterinnen zwischen 6 und 13 M., d. h. die festgenannte Summe wurde nur einem der Ingenieure zuteil, der dafür neben dem Tornisterbauen auch noch Werkführer und Kaufmann spielen mußte. Man sieht, Herr Krawosky versteht sein Geschäft meisterhaft, aus der Notlage anderer Kapital zu schinden, „schmutzige Arbeit, blankes Geld.“ Er hatte weiter nichts zu tun, als die Arbeit herbeizuschaffen, und da ihm die Säge des Reichstaries gezahlt wurden, so läßt sich leicht erkennen, welche Gewinne ihm bei dem Handel fast mühelos in die Tasche fließen. Doch nicht lange durfte Herr Krawosky diese Früchte seiner ruhmreichen Tätigkeit ungestört genießen, denn es kommt alles an das helle

Licht der Sonne. So kam auch die Organisation dem sauberen Geschäft sehr bald auf die Spur und nahm sich im Interesse der Durchführung des Reichstaries der Geschichte an. Als dieserhalb vor kurzer Zeit der Gauleiter, Kollege Pöj, bei dem seinen Zwischenmeister vordrängte, verhierte dieser zwar, von nun an dessen gerechten Anforderungen nachzukommen, hat dieses Versprechen jedoch in keiner Weise eingehalten, sondern im Gegenteil versucht, den Arbeitern ohne Erhöhung ihrer Löhne noch eine Verlängerung der Arbeitszeit aufzuzahlen. Diese maßlose Grechheit schlug aber nun dem Kopf den Boden aus. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Herrn Krawosky verlangten nun einmütig die Regulierung von Arbeitszeit und Löhnen nach den tariflichen Bestimmungen und legten sie sich, den gänzlich unzugänglich zeigte, am Montag, den 14. Juni, ebenso einmütig die Arbeit nieder. Eine daraufhin von dem Gauleiter Pöj versuchte Verständigung und gütliche Beilegung der Differenzen scheiterte an der Hartnäckigkeit dieses Zwischenmeisters, der nun einmal glaubt, sich als Ausländer nach dem Reichstarif für deutsche Militärarbeit nicht richten zu müssen.

So hat dieses Zwischenmeisterthum einstweilen sein Ende erreicht und dürfte sobald auch nicht wieder ausleben. Wenn der gute Mann übrigens glaubt, zu den geschicktesten skandalösen Bedingungen andere Arbeitskräfte zu bekommen, so wird er sich darin wohl sehr täuschen. Nach einem solchen Betriebe wird sich die Arbeiterschaft von Friedberg sicherlich nicht scheuen, wie es auch den Ausgetretenen leicht fällt, sich über den Verlust der horrenden Wochenlöhne zu trösten, die bei den heutigen Lebensmittelpreisen noch nicht mal für das Mittagessen reichen. Im übrigen sind die notwendigen Schritte bereits eingeleitet, diesem sauberen Zwischenmeister das Ausbeuterhandwerk gänzlich zu legen. C. S.

Die Arbeitsnachweisfrage und die Arbeiterinnen.

Die Regelung des Arbeitsnachweisens im Sinne der Anträge der Gewerkschaften an die Reichsregierung wäre ganz besonders im Hinblick auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterinnen von erheblicher Bedeutung gewesen. Mehr noch als in den Kreisen der Arbeiter ist bei den Arbeiterinnen die Arbeitsnahme durch Vermittlung von Bekannten, durch Anfragen und durch Annahmen üblich. Diese Form der Arbeitsvermittlung begünstigt die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft. Deshalb haben die gewerkschaftlichen Organisationen von Anfang an die Regelung der Arbeitsvermittlung als eine ihrer Aufgaben angesehen. Für einen erheblichen Teil der organisierten Arbeiter erfolgt die Vermittlung durch die tariflichen und Organisationsnachweise.

Jede organisierte Arbeitsvermittlung wird einen gewissen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen ausüben. Selbst wenn Leiter von öffentlichen Arbeitsnachweisen dieser Frage wenig Beachtung schenken sollten, wird der Einfluß schon durch das Zusammenfinden der Arbeitslosen und ihre gegenseitige Aussprache über die Bedingungen hier und da geschaffen werden. Bei den durch die gewerkschaftlichen Organisationen errichteten Arbeitsnachweisen spielen die Arbeitsbedingungen aber eine große Rolle für die Vermittlung. Daher streben sich ja auch die Unternehmer immer, die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise zu benutzen oder mit den Arbeiterorganisationen gemeinsame, paritätische Nachweise zu errichten. Es ist nicht so sehr die Abneigung, mit Vertretern von Arbeiterorganisationen in Verbindung zu kommen, als die Furcht, günstige Arbeitsbedingungen gewährleisten zu müssen, die das Verhalten der Unternehmer in dieser Frage hervorruft.

In der Regel besteht für Unternehmer, die überwiegend oder ausschließlich weibliche Arbeitskräfte beschäftigen, diese Gefahr nicht. Nur die wenigsten Arbeiterinnen nehmen die Hilfe der bestehenden Arbeitsnachweise in Anspruch. Hierbei fällt auch der Umstand ins Gewicht, daß es gerade für die Frauen mit Frauenarbeit wenig und nicht an allen Orten Arbeitsnachweise gibt. Die Arbeiterinnen bringen in ihrer Mehrzahl den Organisationen noch immer zu wenig oder gar kein Interesse entgegen, so daß diese für die Errichtung von paritätischen oder eigenen Arbeitsnachweisen nur wenig wirken können. So müssen nun die arbeitssuchenden Frauen von Betriebe zu Betrieb, von Werkstatt zu Werkstatt laufen, die Säulenaufträge und Annahmen durchsehen oder sich „unter der Hand“ Arbeitslohngelegenheit besorgen lassen. Die auf solche Weise in Beschäftigung Treibenden können aber nur selten Bedingungen bei der Arbeitsnahme von Arbeit stellen. In den meisten Fällen müssen sie zufrieden sein mit dem, was ihnen geboten wird.

Dies ist namentlich dann der Fall, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften geringer ist als das Angebot. Während der Kriegszeit war nun die Nachfrage nach Arbeit seitens weiblicher Arbeitskräfte ganz erheblich stärker als das Verlangen nach solchen. Mit Ausnahme einiger Zweige der Häberei und der Metall- und Lederwarenbranche sind Arbeiterinnen auch heute noch in vielen Berufen in größerer Zahl vorhanden als verlangt werden. Es ist nicht in allen Fällen möglich, die durch die Einziehung des Landsturms frei gewordenen Arbeitsplätze von Männern durch Frauen zu besetzen. Vielfach reichen die Körperkräfte der Frauen hierzu nicht aus oder die Arbeit ist aus anderen Gründen für Frauen nicht geeignet. Häufig ist aber auch Unkenntnis über die Zahl der vorhandenen Arbeitskräfte und ihre Leistungsfähigkeit und über die offenen Stellen die Ursache.

Diesem Uebelstande sollte durch die Vorschläge der Gewerkschaften in der Arbeitsnachweisfrage entgegen gewirkt werden. Es wurden für alle Erle Arbeitsnachweise gefordert, die unter Leitung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen und deren Aufgaben neben der Arbeitsvermittlung auch genaue Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit und der vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten sein sollten. Wo durch die Organisationen günstige Arbeitsbedingungen festgelegt waren, sollten die Arbeitsnachweise verpflichtet werden, nicht zu schlechteren Bedingungen Kräfte zu vermitteln.

Nach den bisherigen Erfahrungen hat die Reichsregierung nicht die Absicht, diese Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erfüllen. Dies ist besonders in Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterinnen sehr zu bedauern. Die Arbeitslosigkeit unter diesen ist noch jetzt recht erheblich. Da die wenigsten einer Organisation angehören, so sehen sie meist ohne jede Unterstützung da. Der größte Teil der Gemeinden ist nicht dem Beispiele von Berlin und anderen Großstädten gefolgt und hat wie diese eine Unterstützung an Arbeitslose eingeführt. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Mittellosigkeit vieler Frauen zum gegenseitigen Unterbieten führt, nur um Arbeit zu bekommen. Hinzu kommt noch, daß eine Anzahl Kriegserwitwen, die bisher nicht gearbeitet haben, nun oder in Zukunft gezwungen sein werden, sich Arbeit zu verschaffen, weil sie mit der Rente allein nicht auskommen. Dadurch erhöht sich zweifellos das Heer der arbeitslosen Frauen und Mädchen und die Zahl derjenigen, die nicht so sehr auf die Höhe des Verdienstes sehen brauchen. Die Rente gibt den Kriegserwitwen ohne weiteres ein Anrecht auf ein bestimmtes Einkommen. Bei dem geringen Widerstand, den ganz allgemein die Arbeiterinnen den Versuchen entgegenbringen, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, ist damit zu rechnen, daß die Rente der Kriegserwitwen Anlaß geben wird, ihnen geringere Löhne zu zahlen, die dann wieder auf die Entschädigungen und Verdienste der übrigen Arbeiterinnen zurückwirken.

Um so größer ist deshalb der Wunsch, daß die Arbeiterinnen endlich einsehen lernen, daß auch sie sich den bestehenden Organisationen anschließen müßten. Umfassend sind eine erheblichen Teil der Beschäftigten, dann sieht sie in der Lage, den Abschluß günstiger Arbeitsbedingungen herbeizuführen, auch ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu schützen.

Die Stellungnahme der Regierung zur Förderung der Arbeiterorganisationen gibt auf neue den Beweis, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nur auf sich selber angewiesen sind und nur der Zusammenhalt sie schützen und ihnen Hilfe bringen kann in schwierigen Situationen, die über die Verstärkung ohne ihre Schuld hereinbrechen können.

Bericht der 2. Sitzung der Schlichtungskommission für das Leder- und Schuhmacher-Gewerbe für den Bezirk Hamburg-Altona-Wandsbek,
abgehalten am 31. Mai 1915.

Anwesend sind von den Arbeitgebern die Herren: Weber und Neumann, von den Arbeitnehmern die Herren: Kleinau und Eingießer.

Zur Verhandlung steht eine Klage: Arbeitnehmer (Schuhmacher) Freize gegen die Firma: Püsch u. Co., Ottenhofen, wegen Zahlung eines Stundenlohnes von 78 Pf. ab 1. März 1915. Es kommt ein Vergleich zustande.

Die Firma verpflichtet sich, dem Kläger ab 1. März den Stundenlohn von 78 Pf. zu zahlen.

Zur Beratung steht ferner die Zwischenmeisterfrage, wegen Nichtbeachtung der tariflichen Bestimmungen. Eine Entscheidung herbeizuführen, ob Zwischenmeister und deren Arbeiter Klagen bei der Schlichtungskommission anhängig machen können.

Da zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Einigung nicht zustande kommt, wird be-

schlossen, die Frage vor einem unparteiischen Bar-richtenden (Gewerberichter) zur Entscheidung zu bringen.

Die Sitzung fand am 10. Juni unter Leitung des Herrn Oberamtsrichters Bonjen statt, nachdem die Frage formuliert wurde, ob die Schlichtungskommission nur befugt ist, bei Streitigkeiten zwischen Fabrikanten und ihren Arbeitern zu vermitteln und nötigenfalls zu entscheiden, oder ob sich ihre Zuständigkeit auch auf Streitigkeiten zwischen den sogenannten Zwischenmeistern und ihren Arbeitern erstreckt.

Es wurde folgender Beschluß gefaßt:
Da der Reichstarifvertrag nur zwischen dem Verbands der Fabrikanten und dem Verbands der Arbeiter abgeschlossen ist und die sogenannten Zwischenmeister zu keinem dieser Verbände gehören, hat die von den beiden Verbänden eingesezte Schlichtungskommission nicht das Recht, direkt auf die Zwischenmeister einzuwirken; es wird ihr lediglich eine indirekte Einwirkung möglich sein, und zwar in folgender Weise:

Wenn ein Zwischenmeister niedrigere Löhne als die tarifmäßigen zahlt, ist der betreffende Arbeitgeber durch die Schlichtungskommission zu verpflichten, seinen Zwischenmeister dazu anzuhalten, daß derselbe die tarifmäßigen Löhne bezahle. Unter „Anhalten“ ist nicht zu verstehen die bloße Aufforderung oder Ermahnung, sondern die Wahl eines zweckmäßigen Mittels zur wirklichen Erreichung des zu erstrebenden Zieles. Als solches Mittel kommt in Betracht, daß der betreffende Arbeitgeber einem Zwischenmeister erst dann Arbeit überträgt, wenn derselbe sich schriftlich verpflichtet hat, seinen Arbeitern gegenüber die Bestimmungen des Reichstarifs innezuhalten. Liegt solche schriftliche Verpflichtung vor, werden die Arbeiter in der Lage sein, die Zwischenmeister auf Zahlung der tarifmäßigen Löhne beim Gewerbegericht zu verklagen.

Diese Entscheidung bezüglich der Verpflichtung der Hauptarbeitgeber ihren Zwischenmeistern gegenüber deckt sich durchaus mit den Bestimmungen des Reichstarifs und dem Beschlusse der ersten Zentraltarifantastung, zu wünschen wäre nur, wenn die von Zwischenmeistern beschäftigten Personen ihre Rechte auch geltend machen würden und so jeder Umgehung des Reichstarifs entgegenwirken.

Aus anderen Organisationen.

Der Verband der Tapezierer gehört zu den Organisationen, die der Weltkrieg arg in Mitleidenschaft gezogen hat, obwohl ein großer Teil der nicht zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder auf Militärarbeit oder in Automobilfabriken beschäftigt ist. Das Tapezierergewerbe an sich liegt brach. Nach dem sechsten erscheinenden Jahresbericht ist die Zahl der Mitglieder von 10164 am Schlusse 1913 auf 5614 am Schlusse des Jahres 1914 zurückgegangen. Der Verlust beträgt 4550, darunter 3303, die zum Militär eingezogen gemeldet wurden. Aufgenommen wurden 2470 Mitglieder, so daß der Gesamtverlust ohne Herrespflichtige 3686 beträgt. Der Gesamtumfang der Lohnbewegung blieb auch infolge der ausgedehnten Tarifentwicklung gegen die Vorjahre zurück. Insgesamt fanden 51 Lohnbewegungen statt, davon 27, die den ganzen Ort umfaßten und 24, die sich nur auf Einzelbetriebe beschränkten. Beteiligt waren 2209 Mitglieder. Von den ergriffensten 27 Lohnbewegungen führten 4 zum Streik, während 23 in friedlicher Weise beigelegt wurden. Der Gesamterfolg der Bewegungen zeigt eine Verkürzung der Arbeitszeit für 1281 Kollegen um wöchentlich 2130 Stunden, daneben eine Lohnerhöhung für 1974 Kollegen um 4778 Mk. wöchentlich. Abgewehrt wurde für 43 Kollegen eine Verschlechterung des Lohnes um 122 Mk. pro Woche. Am Ende des Jahres 1914 bestanden 123 Tarife für 4217 Betriebe mit 13 214 Personen. Die Hauptkasse vereinnahmte 226 637 Mk., davon 216 612 = 26,59 Mk. pro Kopf, an Beiträgen. Die Ausgaben beliefen sich auf 263 099 Mk. Den Hauptposten, mit 128 020 Mk. = 15,70 Mk. pro Kopf, verschaffte die Arbeitslosenunterstützung. In welchem Umfang folgte die Notstandsunterstützung mit 15 145 Mk., Streikunterstützung mit 12 474 Mk., Krankenunterstützung mit 11 111 Mk. und Reiseunterstützung mit 5990 Mk. Das Vermögen des Verbandes beläuft sich auf 209 800 Mk., davon in der Hauptkasse 168 674 Mk. und in den Lokalkassen 131 106 Mk. In seiner Gesamtheit liefert der Geschäftsbericht den Beweis, daß der Weltkrieg und die Wirtschaftskrise im Gewerbe die Grundfesten des Tapeziererverbandes nicht zu gefährden vermochten. Die Mitglieder dürfen derselben Zuversicht sein, daß ihre Organisation auch die schwere Zeit, die ihr zweifellos bevorsteht, überdauern wird.

Der Fabrikarbeiterverband schließt das Jahr 1914 mit einem Verlust von 77 048 Mitgliedern ab, denn die Zahl derselben sank von 207 043 am Schlusse des Jahres 1913 auf 190 341 am Schlusse

des Jahres 1914. Von den Lebenden sind 56 106 zum Kriegsdienst eingezogen. Die Beitragsleistung der Mitglieder hat sich auch im Kriegsjahre gut gehalten, denn es wurden im Durchschnitt 45,80 Beiträge geleistet, gegen 47,21 im Jahre 1913. Lohnbewegungen führte der Verband im ganzen Jahre 278 in 389 Betrieben mit 21 864 Beteiligten. Die Kosten der Bewegungen beliefen sich auf 560 788, davon entfielen 294 730 Mk. auf Ausperrungen. Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge betrug Ende 1914 434 für 763 Betriebe, mit 39 991 beschäftigten Arbeitern.

Der Jahresbericht des Schneiderverbandes schließt mit einem Mitgliederbestand von 29 928 gegen 48 712 am Schlusse des Vorjahres. Die Zahl der männlichen Mitglieder ging von 39 855 auf 22 921 zurück, die der weiblichen von 8857 auf 7007. Von den männlichen Mitgliedern sind 13 617 bei Jahreschluss zum Kriegsdienst eingezogen, so daß der Rückgang hierdurch zum größten Teile seine Erklärung findet. Es wird angenommen, daß noch etwa 2000 eingezogen sind, die eine Werbung beim Verbands unterlassen haben. Die Finanzgebarung zeigt einen Rückgang der Einnahmen von 1 033 945 Mk. auf 809 274 Mk., während die Ausgaben von 743 019 Mk. auf 840 601 Mk. gestiegen sind. Der Rückgang der Einnahmen betrug demnach 224 672 Mk., die Steigerung der Ausgaben 97 583 Mk. Das Verbandsvermögen betrug 1 256 936 Mk., das sind 73 741 Mk. weniger als im Vorjahre.

Der Textilarbeiterverband war bei Ausbruch des Krieges in einen schweren Kampf mit den organisierten Unternehmern der Niederlaufst verwickelt. Wegen geringfügiger Lohnforderungen einiger Baller waren dort circa 30 000 Textilarbeiter ausgesperrt. Von Verbandsmitgliedern waren 15 319 beteiligt, darunter 9561 Arbeiterinnen. Der Kampf wurde mitten in den Unterhandlungen infolge des Krieges von beiden Seiten resultatlos abgebrochen. An sonstigen Bewegungen waren bis zum Kriegsausbruch 117 erledigt, die sich auf 620 Betriebe mit 26 018 beteiligten Personen erstreckten. Mehr als die Hälfte der Beteiligten, 13 322, waren Arbeiterinnen. Erreicht wurde für 1368 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 2425 Stunden und für 7505 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung von 12 022 Mk. Tarifverträge wurden in 8 Fällen für 1152 Personen abgeschlossen. In 35 Fällen waren 3359 Personen an sonstigen Verbesserungen beteiligt. Zu Beginn des Jahres zählte der Verband 138 079 Mitglieder, darunter 54 113 weibliche; am Schlusse des Jahres 101 904 Mitglieder, darunter 45 855 weibliche. 18 998 Mitglieder waren am Jahreschluss zum Herrespflichtigen eingezogen, gegenwärtig ist die Differ auf 26 300 angewachsen. Die Reineinnahme betrug im Jahre 1913 2 771 494 Mk., im Jahre 1914 2 199 621 Mk. Die Einnahme ist gegen das Vorjahr um 571 873 Mk. zurückgefallen, während die Ausgabe für Unterstützungen — jetzt man den Posten für Streikunterstützung ab, weil er sich mit dem Vorjahre nicht vergleichen läßt — um 502 057 Mk. gestiegen ist.

Spaltung der Technikerbewegung. Während angesichts des ungeheuren Kraftanstiebes, den der Krieg von der ganzen Nation fordert, allenthalben alte Gegensätze verstummen, alte Widersacher sich die Hände reichen, Wirtschaftsprüfung, die sich bisher feindselig gegenüberstanden, einträchtig zusammenarbeiten, die Arbeitergemeinschaften aller Richtungen miteinander Fühlung nehmen, bereitet sich leider in der deutschen Technikerbewegung eine ganz entgegengesetzte Entwicklung vor.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten soll durch eine Abspaltung geschwächt und die Zahl der Technikerverbände ohne sachlichen Grund um einen vermehrt werden. Die Vorgeschichte der Spaltungspropaganda geht bereits auf mehrere Monate zurück; sie knüpft sich an gewisse interne Vorgänge in der Bundesverwaltung, an denen eine kleine Gruppe von Mitgliedern scharfe Kritik übte. Auf das Drängen der Opposition wurde trotz des Krieges das Parlament der Organisation, der Bundestag, einberufen, um über den Konflikt zu entscheiden und die Einigkeit wieder herzustellen. Die Minderheit sagte sich jedoch seinen Beschlüssen nicht und geht jetzt daran, eine neue Organisation zu gründen, obwohl sich ihre Beschwerden nur auf Personenfragen und vorübergehende Kriegsmaßnahmen in Unterstützungsweisen, nicht auf Programm und Grundzüge des Bundes oder auf deren Durchführung im allgemeinen, beziehen. Der Konflikt wird dadurch verärgert, daß der vor zwei Jahren unter heftigen Auseinandersetzungen aus dem Amt geschiedene Geschäftsführer, Herr Lüdemann, neben und mit der Sondergruppe seinen persönlichen Kampf gegen den Bundesvorstand von neuem aufgenommen hat. Für die Organisationsbewegung der technischen Privatangestellten wurde eine neue Bepflanzung — der noch dazu jeder grundsätzliche Anlaß fehlt — eine beklagenswerte Schädigung bedeu-

Rundschau.

Nachtbrotverbot und Arbeiterfrauen. Seit dem 15. Januar d. J. ist die Verordnung des Bundesrats in Kraft getreten, nach der in Bäckereien und Konditoreien die Nachtarbeit verboten ist. Seit diesem Tage müssen wir auf die frischen Semmeln morgens zum Kaffee verzichten. Wir waren daran so gewöhnt, deshalb traf uns die Bestimmung ziemlich fühlbar, zumal zu gleicher Zeit die Vorschriften über die Verwendung der Mehlorten zur Pachtware verschärft wurden.

Viele Familien essen seit dem 15. Januar morgens Schwarzbrot, andere besorgen tags vorher Semmeln, die sie am Morgen auf der warmen Herdplatte aufwärmen und dadurch knusprig machen. Nahezu von allen aber hört man, daß die frischen Semmeln doch ein angenehmeres Gebäud zum Morgenkaffee gewesen seien als das, was man jetzt dazu hat.

Das Verbot der Nachtarbeit war veranlaßt durch die von England getroffenen Abperrungsmaßnahmen, die uns zwingen, uns mit den im Lande befindlichen Vorräten an Mehl und Getreide einzurichten, um bis zur nächsten Ernte damit zu reichen. Jetzt hat sich nun herausgestellt, daß mehr Getreide und vor allen Dingen mehr Weizen und Weizenmehl vorhanden ist, als damals angenommen wurde. Diese Feststellung läßt nun in vielen Fällen den Wunsch lebhaft werden, morgens wieder frische Semmeln zu haben.

Was die Familienmitglieder am Morgen als Gebäud zum Kaffee essen, wird in der Regel von dem

Einfluß der Hausfrau und ihren Anschaffungen abhängen. Deshalb wollen wir diese ganz besonders darauf aufmerksam machen, daß frische Semmeln des Morgens nur zu haben sind, wenn nachts gebacken wird. Die Nachtarbeit der Bäcker hat aber neben manchen unangenehmen Dingen die, wie ein Vertreter der Organisation der Bäcker treffend sagte, „vom schmerzhaften Dunkel der Nacht schamhaft verdeckt werden“, auch schwere gesundheitliche Schädigungen der im Bäckergewerbe beschäftigten Personen zur Folge. Die Nachtarbeit gestattet ferner, gegen die Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung zu verstoßen, ohne daß den betreffenden Unternehmern dies nachgewiesen werden kann. Das kann übereinstimmend deutlich zum Ausdruck in den Verichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1913. Daneben tritt als Folge der Nachtbeschäftigung der Bäcker zum Zwecke der Herstellung frischer Morgenbrotmehls in Erscheinung, daß unzählige Kinder in schulpflichtigem Alter vor der Schulzeit sich schon müde laufen müssen mit den Frühstücksbroteln, und das alles nur, damit wir morgens frische Semmeln zum Kaffee haben.

Es geht ganz gut auch ohne diese. Gewiß, Roggenbrot ist schwerer verdaulich als Weizenbrot, an das wir außerdem als Morgenimbis gewöhnt waren. Haben wir aber genügend Weizenmehl, dann kann ja allgemein ein Weizenbrot gebacken werden, ähnlich dem, das die Berliner Konsumgenossenschaftsbäckerei vor dem Kriege herstellte. Das hält sich mehrere Tage frisch, ist leicht verdaulich und schmeckt gut.

Die Bäckermeister wollen gern die Nachtarbeit wieder einführen, und sie werden das Verlangen der Hausfrauen nach frischen Morgenbrot zum Anlaß nehmen, ihren Forderungen auf Aufhebung des Nachtbrotverbotes Nachdruck zu verschaffen. Deshalb können die Hausfrauen aus den Kreisen der Arbeitererschaft erheblich dazu beitragen, den in Bäckereien beschäftigten erwachsenen und jugendlichen Arbeitern die für die Gesunderhaltung des Körpers so notwendige Nachtruhe dadurch zu sichern, daß sie nicht nach frischer Morgenbrotware verkaufen.

Frische Semmeln morgens zum Kaffee sind eine sehr schöne Sache. Der Gedanke an die verlorene Nachtruhe der bei der Herstellung beschäftigten Arbeiter sollte uns den Geshmack daran aber doch verderben.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die gelbe Karte ist Sonnabend, den 26. Juni, auszufüllen und aller spätestens bis zum Montag, den 5. Juli, einzufenden.

Sterbetafel.

Am 10. Juni verstarb nach schwerem Leiden unser Mitglied Eduard Wähler im Alter von 58 Jahren.

Es sei seinem Andenken.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder u. verwandten Geschäftszweige

(Kleiner Versicherungsverein - Ersparklasse)

Laut Beschluß der Generalversammlung im Jahre 1913 soll die ordentliche Generalversammlung in diesem Jahre in Hannover stattfinden.

In Anbetracht des Kriegszustandes und der dadurch bedingten anormalen Kassenverhältnisse sowie der Einberufung von ca. 3500 Mitgliedern zum Kriegsdienst hat der Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat und unter Zubilligung des Kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung beschlossen, die Generalversammlung auf 1916 zu vertagen.

Die vorübergehende Satzungsänderung vom 30. August 1914 wird mit dem 30. Juni d. J. aufgehoben. Vom 1. Juli 1915 ab treten die Satzungen mit ihren vollen Leistungen wieder in Kraft.

Der Aufsichtsrat:

J. A. G. Bähler.

Der Vorstand:

J. A. P. Städter.

Sattler

die auf Geheire eingearbeitet sind, finden dauernde, lohnende Arbeit.

Max Borchardt, Militäreffektenfabrik
Stettin, Königsstr. 1.

Nähmaschinen

für Portefeuller, Pappscheren, Nietmaschine, Stanzgen, Warne, Tischle verkauft äußerst preiswert

Militäreffektenfabrik

Lindenstr. 32/34.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franco.

Koffermacher

speziell auf Fibre- u. Kunstleder-Koffer eingearbeitet, bei hohen Akkordlöhnen per sofort gesucht.

Alfred Stütz, Kofferfabrik, Mainz.

Tüchtige, auch jüngere

Sattler

finden lohnende und dauernde Beschäftigung auf Militärarbeit.

L. Ebelmann, Fabrik für Heeresausrüstung,
Straßburg i. Ell., Tränkgasse 9.

Einige tüchtige

Niemen-Sattler

auf dauernde Arbeit sofort gesucht.

Boich u. Gebhard, Treibriemenfabrik
Raunheim H. 3. 22.

Verband der Sattler und Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Die Schlichtungskommission für das Berliner Leder- und Sattlergewerbe stellte sich in ihren Sitzungen vom 2. und 8. Juni d. J. einmütig auf den Standpunkt, daß nachbenannte Firmen den Zeitlohnarbeitern und -arbeiterinnen, die ab 1. März noch unter Tarif entlohnt wurden, die zu wenig gezahlte Lohnsumme nachzuzahlen haben. Genso ist auch den Seimarbeitern und Seimarbeiterinnen, die nicht die vorgelegenen Tarifpreise bekommen haben, der sich ergebende Fehlbetrag nachzuzahlen:

Es handelt sich um folgende Firmen:

- H. Wertheim, Köhlerstr. 8,
- M. Goldmann, Burgstr. 7,
- Wübben u. Co., Köhlerstr. 60,
- Emil Finzer Nachf., Köpenicker Str. 127,
- Berliner Hütel-Industrie, Rosenthaler Str. 40,
- H. Schwalbe, Kommandantenstr. 18,
- H. Köpfe u. Co., Neukölln, Hermannstr. 48,
- M. Thiele u. Co., Zimmerstr. 54.

Diese Anerkennung gilt auch für alle diejenigen Arbeitskräfte, die in der Zwischenzeit bereits entlassen wurden bzw. freiwillig aufgehört haben.

Soweit noch Kollegen und Kolleginnen vorhanden sind, die bis heute die ihnen zustehende Lohnsumme nicht nachgezahlt erhalten haben, ersuchen wir, geeignete Mitteilung in unserem Büro, Engel- ufer 15 II, Zimmer 29, zu machen.

Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Sattler

für Militärarbeit bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung sucht sofort

Jos. Hochstein, Herdecke

Fabrik für Militäränderungen.

Fahrgelegenheit morgens, mittags und abends nach Herdecke von Dortmund, Herde, Witten und Sagen günstig gelegen.

Krause'sche Stanzmaschine

Stanzfläche 40x65 cm, wenig gebraucht, zu verkaufen.

C. Sperling & Co., Magdeburg.

Tüchtige Arbeiter auf

Holz- und Rupeekoffer

sowie Käscher stellen dauernd ein

Heinrich Stühr & Co., Elisabeth-Ufer 58.